

Sicherheit in der Stadt

Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsbefragung

19. März 2018
n8338/36084 Sh, Ma

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1. Was bedeutet „Sicherheit“?	4
2. Persönliches Sicherheitsempfinden in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde	6
2.1 Aktuelles Sicherheitsempfinden	6
2.2 Entwicklung des Sicherheitsempfindens	8
2.3 Wahrgenommenes Engagement der eigenen Stadt bzw. Gemeinde	9
2.4 Verbesserungswünsche bezüglich der Sicherheit	10
3. Sicherheitsfördernde Maßnahmen in der Stadt und Gemeinde	11
4. Bewertung von Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit	16
4.1 Meinungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum	16
4.2 Meinungen zur Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte am Wohnort	17
4.3 Meinungen zu einer zusätzlichen „Stadtpolizei“	18
4.4 Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Sicherheit	19
4.5 Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers auf die Sicherheit	20
5. Zusammenfassung	21

Vorbemerkung

Im Auftrag der Stiftung „Lebendige Stadt“ hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Befragung unter 1.017 Bundesbürgern ab 18 Jahren zum Sicherheitsempfinden der Bürger in ihrem Wohnumfeld, zur Zufriedenheit mit den Vorkehrungen vor Ort und zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit durchgeführt.

Die Befragung erfolgte vom 12. bis 15. März 2018 im Rahmen des bevölkerungsrepräsentativen Panels forsa.omninet. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland übertragen werden.

1. Was bedeutet „Sicherheit“?

Auf die zunächst offen und ohne jede Vorgabe gestellte Frage, was „Sicherheit“ für sie persönlich genau bedeutet und welche Dinge alles dazugehören, wird von den Befragten eine Vielzahl von Aspekten genannt.

Wie die folgende Übersicht zeigt, gehört zur „Sicherheit“ für die Bundesbürger in erster Linie der Schutz vor Kriminalität. Im Einzelnen genannt werden in diesem Zusammenhang die Möglichkeit „ohne Angst“ leben und sich frei bewegen zu können (23 %), die Sicherheit im eigenen Haus (19 %), der Schutz vor körperlicher Gewalt (19 %), Sicherheit bei Dunkelheit (11 %), aber auch im Straßenverkehr (6 %), der Schutz vor Datenklau (3 %), der Schutz vor Terroranschlägen (2 %) oder die Sicherheit der eigenen Kinder (2 %).

Damit verbunden nennen die Befragten zudem eine ausreichende Polizeipräsenz im Alltag (16 %) sowie konkret in öffentlichen Verkehrsmitteln (2 %), Videoüberwachung (2 %), Beleuchtung (1 %) aber auch politische Stabilität (5 %) und ein gutes bzw. konsequentes Justizsystem (4 %).

Neben dem Schutz vor Kriminalität und der entsprechenden Ausstattung des Rechtsstaats hat „Sicherheit“ für viele Befragte aber auch eine finanzielle Dimension: So nennen 20 Prozent allgemein „finanzielle Sicherheit“ bzw. „finanzielle Absicherung“, 5 Prozent „soziale Sicherheit“ und 3 Prozent eine „bezahlbare Wohnung“.

Darüber hinaus werden vereinzelt auch Aspekte wie „äußere Sicherheit“, „Gesundheit“ oder ein stabiles soziales Umfeld genannt, spielen gegenüber den anderen Aspekten in diesem Zusammenhang jedoch eine eher untergeordnete Rolle.

▪ Allgemeines Verständnis von „Sicherheit“

Mit dem Begriff „Sicherheit“ verbinden: *)	<u>%</u>
- „ohne Angst zu sein“/ sich ohne Angst frei bewegen können	23
- Sicherheit im eigenen Haus/ sicheres Zuhause	19
- Schutz vor körperlicher Gewalt	19
- Sicherheit bei Dunkelheit	11
- Sicherheit im Straßenverkehr	6
- Datenschutz/ Datensicherheit	3
- Sicherheit vor Terroranschlägen	2
- Sicherheit der eigenen Kinder	2
- Polizei/ Polizeipräsenz im Alltag (allg.)	16
- Polizeipräsenz in öffentlichen Verkehrsmitteln/ Bahnhöfen	2
- Videoüberwachung im öffentlichen Raum	2
- Beleuchtung	1
- politische Stabilität	5
- gutes Justizsystem, konsequente Justiz	4
- finanzielle Sicherheit/ Absicherung	20
- soziale Sicherheit/ Absicherung	5
- bezahlbare Wohnung	3
- äußere Sicherheit/ Schutz vor Krieg	7
- sichere Grenzen	2
- Gesundheit	5
- Familie, Halt in der Familie	6
- aufmerksame Nachbarn, gute Nachbarschaft	2

*) offene Abfrage; Mehrfachnennungen möglich

2. Persönliches Sicherheitsempfinden in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde

2.1 Aktuelles Sicherheitsempfinden

Die große Mehrheit der Bundesbürger fühlt sich im öffentlichen Raum in ihrer Stadt bzw. Gemeinde sicher (58 %) oder sogar sehr sicher (29 %).

Nur wenige Befragte geben an, dass sie sich in ihrer Stadt weniger sicher (11 %) oder gar nicht sicher (2 %) fühlen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in dieser Frage aber zwischen Stadt und Land und einzelnen Regionen: So fühlen sich Bewohner in kleineren Gemeinden deutlich sicherer als Bewohner in größeren Städten. Während sich in Bayern 46 Prozent in ihrer Stadt bzw. Gemeinde „sehr sicher“ fühlen, tun dies in Nordrhein-Westfalen nur 14 Prozent.

▪ **Aktuelles Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld**

	Im öffentlichen Raum in ihrer Stadt bzw. Gemeinde fühlen sich			
	sehr sicher	eher sicher	weniger sicher	gar nicht *) sicher
	%	%	%	%
insgesamt	29	58	11	2
Ost	30	58	10	3
West	28	58	11	2
Nord **)	31	59	9	1
Mitte **)	33	53	11	3
Nordrhein-Westfalen	14	73	10	3
Baden-Württemberg	29	58	11	1
Bayern	46	45	8	1
18- bis 29-Jährige	38	51	9	2
30- bis 44-Jährige	28	60	8	3
45- bis 59-Jährige	24	61	13	2
60 Jahre und älter	28	59	11	2
Ortsgröße (Einwohner):				
- unter 5.000	52	44	4	1
- 5.000 bis unter 20.000	40	52	5	2
- 20.000 bis unter 100.000	21	65	13	1
- 100.000 bis unter 500.000	15	67	13	4
- 500.000 und mehr	16	62	19	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) „Nord“ = Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen
 „Mitte“ = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

2.2 Entwicklung des Sicherheitsempfindens

Nur 5 Prozent der Befragten geben an, sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde heute sicherer zu fühlen als noch vor ein paar Jahren.

44 Prozent (insbesondere Befragte in mittleren Gemeinden und Großstädten bis 500.000 Einwohner sowie Bewohner in Nordrhein-Westfalen) fühlen sich hingegen heute weniger sicher als früher.

50 Prozent sehen diesbezüglich keine Veränderungen.

▪ Entwicklung des Sicherheitsempfindens im Wohnumfeld

Alles in allem fühlen sich heute in ihrer Stadt bzw. Gemeinde

	sicherer als noch vor ein paar Jahren %	weniger sicher als noch vor ein paar Jahren %	keine Veränderung % *)
insgesamt	5	44	50
Ost	3	47	50
West	5	43	50
Nord	8	37	53
Mitte	4	39	54
Nordrhein-Westfalen	5	52	42
Baden-Württemberg	4	40	53
Bayern	4	38	58
18- bis 29-Jährige	6	40	50
30- bis 44-Jährige	4	47	47
45- bis 59-Jährige	3	48	48
60 Jahre und älter	6	41	53
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	6	31	63
- 5.000 bis unter 20.000	4	33	62
- 20.000 bis unter 100.000	5	50	44
- 100.000 bis unter 500.000	5	59	35
- 500.000 und mehr	5	48	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.3 Wahrgenommenes Engagement der eigenen Stadt bzw. Gemeinde

42 Prozent der Bundesbürger meinen, dass in ihrer Stadt bzw. Gemeinde alles in allem genug dafür getan wird, dass sich die Menschen dort sicher fühlen können.

45 Prozent sind der Ansicht, dass diesbezüglich mehr getan werden müsste.

Auch in dieser Frage sind vor allem die Bayern sowie die Bewohner in kleinen Gemeinden der Ansicht, dass in ihrer Gemeinde genug für die Sicherheit getan wird.

Demgegenüber finden vor allem Befragte in Nordrhein-Westfalen sowie Bewohner in Großstädten, dass bei ihnen vor Ort nicht genug für die Sicherheit getan wird.

- Tut die eigene Stadt bzw. Gemeinde genug für die Sicherheit?

In ihrer Stadt bzw. Gemeinde wird alles in allem genug dafür getan, dass sich die Menschen dort sicher fühlen können

	ja %	nein, es müsste mehr getan werden % ^{*)}
insgesamt	42	45
Ost	39	50
West	42	44
Nord	45	43
Mitte	45	43
Nordrhein-Westfalen	30	55
Baden-Württemberg	49	34
Bayern	56	31
18- bis 29-Jährige	47	38
30- bis 44-Jährige	40	47
45- bis 59-Jährige	42	46
60 Jahre und älter	40	47
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	63	27
- 5.000 bis unter 20.000	48	34
- 20.000 bis unter 100.000	40	48
- 100.000 bis unter 500.000	28	60
- 500.000 und mehr	31	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.4 Verbesserungswünsche bezüglich der Sicherheit

Diejenigen, die meinen, dass in ihrer Stadt oder Gemeinde mehr für das Sicherheitsgefühl der Menschen getan werden müsste, nennen an allererster Stelle eine größere Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit (44 %) bzw. mehr Polizei allgemein (16 %). Daneben werden in diesem Zusammenhang auch mehr Kontrollen und ein konsequenteres Durchgreifen der Ordnungskräfte gefordert.

Daneben werden spontan auch eine konsequentere Justiz (9 %), eine bessere Beleuchtung in der Stadt (9 %) oder mehr Videoüberwachung (8 %) genannt.

▪ Verbesserungswünsche bezüglich der Sicherheit in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde *)

In der eigenen Stadt/Gemeinde müsste verbessert werden: **)	<u>%</u>
- mehr Polizeipräsenz, Polizeistreifen (allg.)	44
- mehr Polizei (allg.)	16
- konsequenteres Durchgreifen der Polizei	11
- bessere Kontrolle von Zuwanderern/ Begrenzung	8
- mehr Polizeikontrollen	6
- mehr Verkehrskontrollen	3
- mehr Polizeipräsenz am Abend/ bei Dunkelheit	3
- bessere Ausstattung der Polizei	1
- konsequentere Justiz („Strafrahmen ausschöpfen“)	9
- bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum	9
- mehr Videoüberwachung	8
- mehr Sozialarbeit	2
- „Bürgerwehren“	1

*) Basis: Befragte, die meinen, dass für das Sicherheitsgefühl der Menschen mehr getan werden müsste

***) offene Abfrage; Mehrfachnennungen möglich

3. Sicherheitsfördernde Maßnahmen in der Stadt und Gemeinde

Die Befragten wurden um ihre Einschätzung gebeten, wie wichtig einzelne Vorkehrungen in der Stadt bzw. Gemeinde für ihr subjektives Sicherheitsempfinden sind.

Nahezu allen Befragten ist für ihr persönliches Sicherheitsempfinden wichtig oder sogar sehr wichtig, dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind (96 %), dass Polizeibeamte in der Nähe bzw. schnell erreichbar sind (91 %) und dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und saubereren Eindruck macht (91 %).

Deutlich weniger Befragte, aber immer noch mehr als die Hälfte, finden für ihr subjektives Sicherheitsempfinden (auch) wichtig, dass in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Videoüberwachung eingesetzt wird (53 %).

▪ Relevanz verschiedener Aspekte für das persönliche Sicherheitsempfinden I

Um sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist der jeweilige Aspekt

	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig *) %
- dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	64	32	3	1
- dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z.B. Polizeistreifen	58	33	8	1
- dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und saubereren Eindruck macht	40	51	8	1
- dass Videoüberwachung eingesetzt wird	19	34	37	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Jüngeren Personen unter 30 Jahren ist für ihr Sicherheitsempfinden etwas seltener als dem Durchschnitt aller Befragten wichtig, dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht und dass Videoüberwachung eingesetzt wird.

▪ Relevanz verschiedener Aspekte für das persönliche Sicherheitsempfinden II

Um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist (sehr) wichtig:	ins-gesamt %	Männer %	Frauen %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	96	95	98	93	97	97	97
- dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht	91	92	90	85	90	94	93
- dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z.B. Polizeistreifen	91	91	90	78	92	94	94
- dass Videoüberwachung eingesetzt wird	53	52	54	43	47	57	59

Bewohnern in Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern ist der Einsatz von Videoüberwachung häufiger wichtig, um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen als Bewohnern kleinerer Gemeinden.

▪ Relevanz verschiedener Aspekte für das persönliche Sicherheitsempfinden III

Um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist (sehr) wichtig:	ins-gesamt %	Ortsgröße (Einwohner):				
		unter 5.000 %	5.000 bis unter 20.000 %	20.000 bis unter 100.000 %	100.000 bis unter 500.000 %	500.000 und mehr %
- dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	96	96	97	98	95	95
- dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht	91	92	91	92	94	88
- dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z.B. Polizeistreifen	91	89	92	94	90	87
- dass Videoüberwachung eingesetzt wird	53	42	46	57	66	57

Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den einzelnen Vorkehrungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde ergibt sich ein geteiltes Bild.

So ist mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit (62 %) sowie der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbildes (60 %) jeweils eine Mehrheit derer, die dies persönlich als wichtig empfinden, zufrieden.

Weniger oder gar nicht zufrieden ist hingegen eine Mehrheit mit der Polizeipräsenz in ihrer Stadt bzw. Gemeinde (56 %) und vor allem dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum (69 %).

▪ Zufriedenheit mit den Gegebenheiten vor Ort I *)

In ihrer Stadt bzw. Gemeinde sind mit den jeweiligen Aspekten

	sehr zufrieden %	zufrieden %	weniger zufrieden %	gar nicht zufrieden **) %
- mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit	8	54	33	4
- mit der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbildes	9	51	30	10
- mit der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, z.B. durch Polizeistreifen	4	38	45	11
- mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	1	19	50	19

*) Basis: Befragte, denen der jeweilige Aspekt (sehr) wichtig ist

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bewohner in kleineren Gemeinden sind deutlich zufriedener als Bewohner in größeren Städten mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit, der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbilds sowie mit der Polizeipräsenz.

▪ Zufriedenheit mit den Gegebenheiten vor Ort II *)

In ihrer Stadt bzw. Gemeinde sind (sehr) zufrieden:	ins-gesamt %	Ortsgröße (Einwohner):				
		unter 5.000 %	5.000 bis unter 20.000 %	20.000 bis unter 100.000 %	100.000 bis unter 500.000 %	500.000 und mehr %
- mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit	62	68	66	62	60	50
- mit der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbilds	60	82	68	55	49	45
- mit der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, z.B. durch Polizeistreifen	42	47	49	40	37	33
- mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	20	20	30	12	20	20

*) Basis: Befragte, denen der jeweilige Aspekt (sehr) wichtig ist

4. Bewertung von Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit

4.1 Meinungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Ungeachtet der öffentlich geführten Diskussionen über das Für und Wider hält eine große Mehrheit der Bundesbürger (87 %) eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums – z.B. auf Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln – für richtig.

Nur jeder Zehnte (10 %) ist der Ansicht, dass die Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras zu sehr in die Privatsphäre des Einzelnen eingreift.

▪ Meinungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum

	Eine Überwachung des öffentlichen Raumes durch Videokameras halten für richtig	
	ja %	nein, das greift zu sehr in die Privatsphäre des Einzelnen ein % *)
insgesamt	87	10
Ost	91	5
West	87	11
Nord	87	9
Mitte	84	14
Nordrhein-Westfalen	86	11
Baden-Württemberg	87	11
Bayern	89	7
Männer	85	12
Frauen	89	7
18- bis 29-Jährige	75	20
30- bis 44-Jährige	83	14
45- bis 59-Jährige	92	6
60 Jahre und älter	93	4
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	89	9
- 5.000 bis unter 20.000	89	8
- 20.000 bis unter 100.000	88	8
- 100.000 bis unter 500.000	87	11
- 500.000 und mehr	82	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2 Meinungen zur Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte am Wohnort

Nur eine Minderheit der Bürger (27 %) hat den Eindruck, dass es in ihrer Stadt bzw. Gemeinde alles in allem genügend Polizisten bzw. Ordnungskräfte gibt.

Die große Mehrheit (66 %) empfindet die Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte an ihrem Wohnort als zu gering.

Dass es ausreichend Polizisten bzw. Ordnungskräfte in ihrer Gemeinde gibt, meinen vor allem Befragte in Bayern, Bewohner kleinerer Gemeinden und die unter 30-Jährigen. Einen Mangel an Polizisten bzw. Ordnungskräften in ihrer Stadt oder Gemeinde monieren vor allem Befragte in den neuen Bundesländern sowie in Nordrhein-Westfalen.

- Meinungen zur Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte am Wohnort

Alles in allem gibt es in ihrer Stadt bzw. Gemeinde genügend Polizisten bzw. Ordnungskräfte

	ja %	nein, davon gibt es zu wenige *) %
insgesamt	27	66
Ost	17	76
West	29	65
Nord	31	65
Mitte	28	64
Nordrhein-Westfalen	18	76
Baden-Württemberg	34	57
Bayern	44	50
18- bis 29-Jährige	39	51
30- bis 44-Jährige	27	65
45- bis 59-Jährige	25	71
60 Jahre und älter	22	72
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	38	57
- 5.000 bis unter 20.000	31	61
- 20.000 bis unter 100.000	23	73
- 100.000 bis unter 500.000	23	69
- 500.000 und mehr	22	72

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.3 Meinungen zu einer zusätzlichen „Stadtpolizei“

In vielen Ländern Europas gibt es in Städten und Gemeinden eine eigene „Stadtpolizei“, die vor allem für Ordnungsaufgaben zuständig ist. 55 Prozent der Bürger fänden es sinnvoll, wenn es auch in Deutschland – neben der jeweiligen Landespolizei – zusätzlich eine solche „Stadtpolizei“ gäbe. 37 Prozent fänden dies nicht sinnvoll.

Personen, die sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde unsicher fühlen, würden überdurchschnittlich häufig eine „Stadtpolizei“ befürworten.

- Meinungen zu einer zusätzlichen „Stadtpolizei“

	Wenn es in Deutschland eine zusätzliche „Stadtpolizei“ gäbe, fänden das	
	sinnvoll %	nicht sinnvoll *) %
insgesamt	55	37
Ost	57	38
West	55	36
Nord	53	39
Mitte	56	36
Nordrhein-Westfalen	60	34
Baden-Württemberg	52	38
Bayern	52	37
Männer	56	38
Frauen	55	35
18- bis 29-Jährige	45	45
30- bis 44-Jährige	58	33
45- bis 59-Jährige	62	29
60 Jahre und älter	54	40
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	52	41
- 5.000 bis unter 20.000	56	34
- 20.000 bis unter 100.000	56	36
- 100.000 bis unter 500.000	59	36
- 500.000 und mehr	54	39
Sicherheitsgefühl im Wohnort:		
- sehr/eher sicher	54	38
- weniger/gar nicht sicher	68	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.4 Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Sicherheit

46 Prozent der Bürger wären grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt bzw. Gemeinde auch mehr zu bezahlen, z.B. durch höhere Abgaben oder Gebühren.

Ebenso viele (45 %) wären dazu nicht bereit.

Gegen eine stärkere Beteiligung an der Finanzierung von „Sicherheit“ in ihrer Gemeinde sprechen sich vor allem die Bewohner in Kleinstgemeinden aus (wo die Sicherheitssituation noch vergleichsweise am positivsten bewertet wird).

- **Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Sicherheit**

Es wären grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde auch mehr zu bezahlen

	ja %	nein *) %
insgesamt	46	45
Ost	45	49
West	46	45
Nord	49	46
Mitte	41	47
Nordrhein-Westfalen	49	39
Baden-Württemberg	46	48
Bayern	40	48
Männer	46	48
Frauen	45	43
18- bis 29-Jährige	43	49
30- bis 44-Jährige	38	51
45- bis 59-Jährige	48	42
60 Jahre und älter	49	42
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	38	55
- 5.000 bis unter 20.000	46	45
- 20.000 bis unter 100.000	45	47
- 100.000 bis unter 500.000	51	37
- 500.000 und mehr	49	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.5 Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers auf die Sicherheit

Auf die Frage, was jeder Bürger selbst tun könnte, um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, nennen die Befragten vor allem eine generelle „Wachsamkeit“ jedes Einzelnen im Alltag (21 %), Zivilcourage bei Straftaten (15 %), Nachbarschaftshilfe (15 %) sowie insgesamt ein stärkeres Maß an Verantwortung jedes Einzelnen (10 %).

Darüber hinaus werden auch mehr Höflichkeit im Umgang (8 %) oder das Melden von Missständen bei Stadtverwaltung und Polizei (7 %) genannt.

38 Prozent fällt in diesem Zusammenhang spontan nichts Konkretes ein.

▪ Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers zur Verbesserung der Sicherheit

Um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, kann jeder einzelne Bürger tun: *)	<u>%</u>
- aufmerksam sein/ „Augen offen halten“	21
- Zivilcourage zeigen/ bei Straftaten nicht wegsehen	15
- Nachbarschaftshilfe/ auf die Nachbarn achten	15
- mehr Verantwortung übernehmen (allg.)	10
- mehr Höflichkeit im Umgang, respektvolles Miteinander	8
- Missstände/ Schwachpunkte den Behörden melden	7
- für Ordnung und Sicherheit sorgen (allg.)	4
- Nachbarschaftspatrouillen	1
- „sich bewaffnen“	1
- Haustürbeleuchtung einschalten	1
- „Bürgerwehren“ organisieren	1
- Sicherheit nicht Aufgabe der Bürger	3
- weiß nicht	38

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

5. Zusammenfassung

„Sicherheit“ bedeutet für die meisten Bundesbürger in erster Linie ein Leben ohne Angst und Schutz vor den vielfältigen Formen der Kriminalität. Darüber hinaus spielt beim Begriff der „Sicherheit“ – neben anderen vereinzelt genannten Aspekten wie dem Schutz vor Krieg, Gesundheit und dem Rückhalt in der Familie – auch die Komponente der finanziellen Sicherheit eine recht wichtige Rolle.

Die allermeisten Bundesbürger (knapp 90 Prozent) fühlen sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde im öffentlichen Raum sicher. Allerdings zeigen sich beim subjektiven Sicherheitsempfinden deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen Regionen. So ist der Anteil derer, die sich im öffentlichen Raum weniger oder gar nicht sicher fühlen, in Großstädten deutlich größer als in kleineren Gemeinden. Die größten regionalen Diskrepanzen ergeben sich in der Ausprägung des Sicherheitsgefühls zwischen den Bewohnern in Bayern, wo sich fast die Hälfte in ihrer Stadt oder Gemeinde „sehr sicher“ fühlt und Nordrhein-Westfalen, wo dies nur 14 Prozent der Befragten angeben.

Mehr als vier von zehn Bundesbürgern fühlen sich heute in ihrer Stadt bzw. Gemeinde weniger sicher als noch vor ein paar Jahren, nur wenige fühlen sich sicherer, während die Hälfte keine Veränderung feststellen kann.

Bei der Beurteilung des Engagements ihrer Stadt bzw. Gemeinde im Hinblick auf die Sicherheit der Bürger fällt das Meinungsbild geteilt aus. Auch in dieser Frage sind die Bayern sowie die Bewohner kleinerer Gemeinden am zufriedensten mit den Anstrengungen ihrer Stadt bzw. Gemeinde, während eine Mehrheit der Bewohner in Großstädten sowie in Nordrhein-Westfalen findet, dass ihre jeweilige Stadt mehr für die Sicherheit der Bürger tun müsste.

Bei den Verbesserungswünschen steht der Ruf nach mehr Polizisten bzw. mehr Polizeipräsenz in der eigenen Stadt oder Gemeinde mit großem Abstand an erster Stelle.

Unter verschiedenen sicherheitsfördernden Maßnahmen sind einer großen Mehrheit der Bundesbürger eine ausreichende Beleuchtung im Stadtbild, Polizeibeamte, die schnell erreichbar sind und auch ein gepflegtes Stadt- und Straßenbild wichtig, um sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde sicher zu fühlen. Interessanterweise wird eine ausreichende Beleuchtung von den Bürgern sogar noch etwas häufiger als „sehr wichtig“ eingestuft als eine gute Polizeipräsenz.

Mehrheitlich zufrieden sind die Bundesbürger, denen diese Aspekte wichtig sind, hingegen nur mit der Beleuchtung und dem öffentlichen Erscheinungsbild in ihrer Stadt (wobei jeweils auch eine recht starke Minderheit damit nicht zufrieden ist).

Mehrheitlich unzufrieden äußern sich die Befragten dagegen mit der Polizeipräsenz in ihrer Stadt sowie mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Konkret nach ihrer Einschätzung zur Anzahl der Polizisten und Ordnungskräfte in ihrer Stadt bzw. Gemeinde gefragt, finden zwei Drittel der Bundesbürger, dass es davon zu wenige gebe – am häufigsten meinen dies Befragte in Großstädten, in Ostdeutschland und in Nordrhein-Westfalen, am seltensten Bewohner kleinerer Gemeinden, Jüngere und Befragte in Bayern.

Der Vorschlag einer zusätzlichen „Stadtpolizei“, wie es sie etwa in anderen europäischen Ländern gibt, stößt bei etwas mehr als der Hälfte der Bundesbürger auf Sympathie, insbesondere unter denjenigen, die sich selbst an ihrem Wohnort weniger oder gar nicht sicher fühlen.

Anders als manche Meldungen dies mitunter nahelegen, gibt es in der Bevölkerung kaum grundsätzliche Vorbehalte gegen die Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras. Tatsächlich stößt der Einsatz von Videoüberwachung bei einer sehr großen Mehrheit von knapp 90 Prozent der Bürger auf Akzeptanz, die im Übrigen gegenüber früheren bundesweiten Erhebungen sogar noch weiter gestiegen ist.

Knapp die Hälfte der Befragten wäre nach eigenen Angaben grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde auch mehr zu bezahlen, die andere Hälfte lehnt einen solchen Zusatzbeitrag hingegen ab.

Auf die Frage, was jeder einzelne Bürger tun könnte, um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, werden von den Befragten durchaus vielfältige Vorschläge gemacht, darunter vor allem eine generelle „Wachsamkeit“ jedes Einzelnen, (mehr) Zivilcourage, Nachbarschaftshilfe, die Übernahme von Verantwortung, aber auch mehr Höflichkeit im Umgang oder das Melden von Schwachpunkten bei der Stadtverwaltung oder den Sicherheitsbehörden.